

Politik für Zyniker ; Jenseits des Röstigrabens

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **101 (2021)**

Heft 1083

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

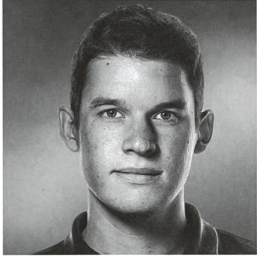
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

POLITIK FÜR ZYNIKER

SIND POLITIKER BESSERE VERWALTUNGSRÄTE?



Es lohnt sich, darauf zu schauen, wie sich Leute verhalten, statt sich nur anzuhören, was sie sagen. So betonen Politiker stets, dass die Gesundheitskosten sinken müssten. Ihr diesbezüglicher Leistungsavis ist bescheiden – die Gesundheitsausgaben nehmen seit Jahren

in schwindelerregendem Tempo zu. In einer anderen Disziplin sind die Parlamentarier hingegen ausserordentlich erfolgreich: im Sammeln von Nebenmandaten.

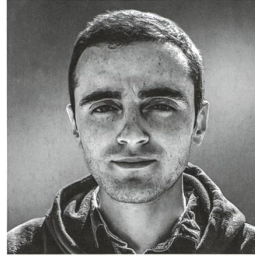
Ein Beispiel: Der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller sitzt seit dieser Legislatur in der prestigeträchtigen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK). Kaum hat er die ersten Sitzungen hinter sich, bekleidet er bereits diverse neue Posten im Gesundheitsbereich: in der «Groupe de réflexion» der Krankenkasse Groupe Mutuel etwa oder im «Sounding Board» des Ärztenverbands FMH. Müller ist kein Einzelfall. Die eidgenössischen Parlamentarier sind begehrte Verwaltungsräte, Beiräte und Vorstandsvorstände. Ende der vergangenen Legislatur hatten sie gemäss offizieller Statistik gesamthaft 2200 Interessenbindungen inne. Das entspricht knapp 9 Mandaten pro Parlamentarier. Bedeutet diese eindrückliche Zahl, dass Parlamentarier besonders kompetente Verwaltungsräte sind? Zweifel sind angebracht. Eine Studie der Universität Lausanne hat gezeigt, dass die Zahl der Mandate pro Politiker im Laufe einer Legislatur um 10 bis 20 Prozent zunimmt. Auffällig dabei: Die Branchen, in denen National- und Ständeräte neue Mandate akquirieren, entsprechen ziemlich genau den Themenbereichen der Kommissionen, in denen sie sitzen. Wer in der Gesundheitskommission sitzt, wird in Verwaltungsräte von Krankenkassen und Spitälern berufen, wer in der Wirtschaftskommission sitzt, kommt in Vorstände von Branchenverbänden und Gewerkschaften. Die Interessengruppen scheinen also gezielt Parlamentarier anzuwerben, die ihre Interessen an der Front einbringen können. Natürlich ist Interessenvertretung legitim. Bloss: Wie glaubwürdig ist die Ansage, sich für das Gemeinwohl einzusetzen, wenn man für ein Verbandspräsidium 200 000 Franken pro Jahr erhält? Wenn Ihnen ein Politiker also das nächste Mal erzählt, wie die Gesundheitskosten gesenkt werden sollten – schauen Sie zunächst einmal nach, von welchen Interessengruppen er bezahlt wird.

Lukas Leuzinger

ist stv. Chefredaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.

JENSEITS DES RÖSTIGRABENS

SICHERHEITS-POPULISMUS



In Ayn Rands Klassiker «Atlas Shrugged» befürchtet die Regierung schädliche Auswirkungen einer technologischen Neuerung – eines revolutionären Metalls – auf die Bevölkerung, ohne jedoch irgendwelche Mängel daran feststellen oder Beweise für seine Gefährlichkeit vorlegen zu können. Sie erlässt schliesslich ein Dekret, durch das jegliche Veränderung verboten werden soll. Der Staat friert die Gesellschaft ein. Zurzeit holt die Realität die Fiktion ein, mit einer zunehmend dogmatischen Anwendung des inzwischen berühmten «Vorsorgeprinzips». Dieses ist zur automatischen Antwort auf praktisch jeden technologischen Fortschritt geworden. Gentechnisch veränderte Organismen? Ein Moratorium! 5G? Ein Moratorium!

Während die Abwehrhaltung beim Thema Gentechnik ein schweizweites Phänomen zu sein scheint, ist die heftige Reaktion auf die Ankunft der nächsten technologischen Revolution, der 5G-Technologie, in der Westschweiz besonders ausgeprägt. Vielleicht zeigt sich darin der Einfluss Frankreichs, wo einige Politiker 5G auf «die Möglichkeit, in einem Lift Pornos in HD anzuschauen» reduzieren. Da es faktisch kompliziert ist, 5G – die vor allem effektiver als die 4G sein wird – technische Mängel vorzuwerfen, versucht man, sie mit Generalverdacht zu diskreditieren. Die gleichen Leute, die gestern noch gegen 3G, 4G oder sogar WLAN waren, sind heute wieder im Einsatz, stets getrieben vom Wunsch, aus der Geschichte auszusteigen.

Für Olivier Bodenmann, die Speerspitze der Anti-5Gs in der Westschweiz, ist klar: «Es ist an der Zeit zu sagen: Schluss mit diesem irrationalen Wahnsinn des immer Mehr!» Prävention ist zwar notwendig, aber Vorsicht als Prinzip untergräbt die Idee dezentraler Gesellschaften, in denen Erfindungen durch Versuch und Irrtum entstehen und nicht durch zentrale Planung. Das Risiko ist einer «aufgetauten» Gesellschaft inhärent, um Ayn Rands Formulierung zu verwenden. Die völlige Abwesenheit von Gefahren im voraus zu beweisen, ist naturgemäss (fast) unmöglich. Deshalb führt die dogmatische Anwendung des Vorsorgeprinzips zu einem Verdachtsprinzip, das alles erstarrt und erstickt. Es ist eine Art Sicherheitspopulismus, der den Menschen weismachen möchte, dass es kein Risiko gebe.

Nicolas Jutzet

ist Vizepräsident der Schweizer Jungfreisinnigen und Mitbegründer des Podcasts Liber-Thé, der sich zu Themen rund um die Freiheit äussert.